Was wollen die Landwirte in Wolfach von der Politik?

I. Forderungen an Land und Bund

Antragsverfahren

- Wir wollen eine Kontinuität im Antragsverfahren. Nicht jedes Jahr neue Formulare und veränderte Fragen. Wenn es auf einem Betrieb keine Veränderungen gab, müssen die Antragssteller möglichst alle Daten aus dem Antrag des Vorjahres übernehmen können.

Außerdem fordern wir ein elektronisches Antragsverfahren, bei dem die Vorjahresdaten schon in den Antragsbogen eingetragen sind. Nur wenn sich Sachverhalte ändern, müssen diese am Bildschirm nachgetragen werden.

- Grünland ist Grünland, deshalb Schluss mit der unseligen Schlagbildung, mit dem Erfassen von Landschaftselementen und dem Einzeichnen von Fließgewässern usw. Damit sind wir Landwirte überfordert. Wir sind keine Vermessungsingenieure.

Wir sind bereit, soweit als möglich, die Landschaft offen zu halten – aber ohne unnötige Bürokratie.

Einführung des Erheblichkeitsgrundsatzes zum Zwecke des Bürokratieabbaus

Dokumentation und Kontrolle müssen sein, aber Kosten und Nutzen von Dokumentation und Kontrollen sind sinnvoll abzuwägen.

In der Betriebsüberwachung und -kontrolle soll der Erheblichkeitsgrundsatz gelten: Nur die Betriebe werden Dokumentationspflichten und Kontrollen unterworfen, die auch eine erhebliche Erzeugung mit Gewinnerzielungsabsicht haben.

Für die Verpflichtung zur Dokumentation soll die Intensitätsstufe und die Betriebsgröße berücksichtigt werden. Betriebe mit einem Viehbesatz unter 1 GV/ha (GV = Großvieheinheit) oder Betriebe die weniger als 5 GV halten, sind Landschaftspflegebetriebe. Diese Betriebe arbeiten, für alle leicht einsehbar, so extensiv, dass sich die meisten Bewirtschaftungsvorgaben erübrigen. Deshalb soll für diese Kleinbetriebe gelten:

- Sie sind freigestellt von der Bodenuntersuchung im 6 –jährigen Turnus.

- Sie benötigen keine Nährstoffbilanzierung, weil sie sowieso sehr wenig Nährstoffeintrag haben.
- Sie müssen einen geringeren Katalog von Cross Compliance – Vorgaben beachten.
- Sie sind freigestellt von der Führung eines Medikamentenbuches. Es genügt, wenn sie die Behandlungsbelege vom Tierarzt aufbewahren.
- Sie sind freigestellt von den Vorgaben des Futtermittelhygienegesetzes. Es macht überhaupt keinen Sinn, einen Heu erzeugenden Landwirt, der 3 ha bewirtschaftet, in den Vorgaben einem Futtermittelwerk gleichzustellen, das Futter für Tausende Rinder erzeugt.

Eine solche Regelung macht es für Betriebe, die im Grenzbereich von 1 GV/ha liegen, wieder interessant, mehr Fläche zu bewirtschaften, um unter die 1 GV Grenze zu kommen – unsere Landschaftsflächen werden wieder verstärkt nachgefragt!

Lagerkapazität

Keine neuen Vorschriften hinsichtlich der Lagerkapazität von Gülle und Jauche. Das schon vorhandene Ausbringverbot zwischen dem 15.11. und dem 15.3. reicht völlig aus.

Stallbau

Für bestehende Anbindeställe fordern wir Bestandsschutz. Nur Neu- und Umbauten sollen als Laufställe ausgeführt werden. Unsere Kleinbetriebe können die nötigen Investitionen bei einem Verbot der Anbindeställe nicht aufbringen.

Keine pauschalen Sockelbetragsabzüge bei der Förderung

Schluss mit den unseligen Sockel-(Bagatell-) abzügen bei der Förderung. Beispielsweise wird bei der Ausgleichszulage ein Betrag von 500,- EUR einbehalten. Für einen Betrieb, der nur Anspruch auf 1000,- EUR hat sind dies 50%! Ein Betrieb, der 10.000 EUR erhält, kann dagegen den Abzug von 5% gut verkraften. Bei der Mineralölsteuerbeihilfe bekommen selbst größere Betrieb im Schwarzwald keine Förderung, weil ein Sockelbetrag von 400,- EUR einbehalten wird. Die meisten Betrieb bei uns bekommen gar nicht mehr Förderung!

Wenn schon Abzüge, dann in Zukunft nur noch prozentuale Abzüge.

Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes

Es darf keine Auflagen für die Betriebe geben ohne einen Einkommensausgleich. Der Einkommensausgleich darf nicht von der Haushaltssituation abhängen. Können die Einkommensverluste nicht ausgeglichen werden, so müssen auch die Auflagen fallen.

Finger weg von der finanziellen Förderung

Die Fördermittel von Bund und Land, unser Verdienst für die Leistungen, die wir für die Öffentlichkeit erbringen, müssen erhalten werden. In unserem benachteiligten Gebiet brauchen wir die Ausgleichszulage, MEKA und auch die Ausgleichszulage Wald.

Keine neuen Einschränkungen bei der Schlachtung

Keinerlei Einschränkungen der Möglichkeiten zur Hausschlachtung. Gerade unsere kleinen Betriebe leben davon, dass sie wenige Schweine oder Rinder im Rahmen einer Hausschlachtung an Verwandte oder Bekannte abgeben können. Bei der Fleischbeschau darf es keine nachteilige Entwicklung für die Landwirte geben. Es muss eine Mindestanzahl von zugelassenen Schlachträumen vorhanden sein. Deshalb darf es für Schlachträume keine neuen Auflagen geben. Was bisher in Ordnung war, muss auch zukünftig in Ordnung sein. Zusätzliche Investitionskosten können die Betriebe nicht aufbringen. Wir wollen keine Buchführung über Kühlraumtemperaturen usw.

II. Vom Kreis und der Stadt Wolfach fordern wir:

Gelegenheit zur Stellungnahme bei Aufforstungsanträgen

Bei der Bearbeitung von Aufforstungsanträgen werden die Flächen regelmäßig vor Ort vom technischen Ausschuss besichtigt. Bisher werden die Antragsteller vom Besichtigungstermin weder verständigt noch wird ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Wir fordern, dass zukünftig bei Vor-Ort-Terminen den Antragstellern Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Wir Landwirte wollen ernst genommen werden. Im persönlichen Gespräch mit den Ausschussmitgliedern können wir unsere Gründe erläutern und wir erfahren auch, warum der Gemeinde die offene Landschaft wichtig ist. So kann das Verständnis auf beiden Seiten erhöht werden. Übrigens wäre dies auch ein gutes Vorgehen bei allen Bauantragsverfahren.

Abbau verschiedener Förderungsverfahren

In den vergangenen Jahren wurde die Vatertierhaltung zu Recht abgeschafft. Nun sollte auch der Besamungskostenzuschuss entfallen. Auch Transportkostenbeihilfe des Ortenaukreises sollte umgestaltet werden. Zu ungleich ist der Nutzen für die verschiedenen Betriebsformen. Stattdessen fordern wir eine Übernahme des Gutacher Modells auf Wolfach, d.h. Ausgabe des Aufkommens an Grundsteuer A an die Landwirte, die die Fläche bewirtschaften und die Integretion der Transportkostenbeihilfe in dieses Programm.

Infrastruktur im Aussenbereich

Immer mehr Hofzufahrten sind sanierungsbedürftig. Die Stadt muss sich dringend um Fördermittel bemühen, damit die Hofzufahrten saniert werden können.